

Schweiz

Ein neuer Kandidat für das Europa-Dossier

Streit um EU-Vertrag Der Bundesrat führt heute eine Aussprache zum belasteten Verhältnis zur Europäischen Union. Zur Diskussion steht auch eine neue Aufgabe für Staatssekretär Mario Gattiker.

Charlotte Walser

Karin Keller-Sutter bringt im EU-Dossier eine neue Figur ins Spiel: Die Justizministerin beantragt dem Bundesrat, Mario Gattiker ein Mandat zu erteilen – Gattiker, der per Ende Jahr als Staatssekretär für Migration pensioniert wird. Das bestätigen mehrere voneinander unabhängige Quellen in der Bundesverwaltung. Gattiker soll analysieren, wo es sinnvoll wäre, das Schweizer Recht an jenes der EU anzupassen – und welche Anpassungen innenpolitisch eine Chance haben. Ob die Idee im Bundesrat auf Anklang stösst, ist offen.

Gattiker hat sich schon als Staatssekretär für Migration mit Aspekten des Europa-Dossiers befasst. Zwischen 2009 und 2016 leitete er die Delegation der Schweiz im Gemischten Ausschuss zur Umsetzung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP im Jahr

2014 erhielt er vom Bundesrat den Auftrag, Konsultationsgespräche mit der EU zu führen.

An der PK zu seiner Pensionierung äusserte sich Gattiker am Dienstag zu den damaligen Erfahrungen, den stundenlangen Austauschrunden mit dem Chefdiplomaten des EU-Kommissions-Präsidenten. «Wir versuchten – zunächst ohne Delegationen und nur zu zweit – gemeinsam und auf sehr kreative Weise, die Masseneinwanderungsinitiative und das Freizügigkeitsabkommen in Einklang zu bringen.»

«Auseinandergelebt»

Damals sei er zuversichtlich gewesen, eine Lösung zu finden, sagte Gattiker. Der Brexit habe die Hoffnungen aber zunichtegemacht. Zur aktuellen Situation stellte er fest, die Schweiz und die EU hätten sich in gewissen Bereichen «auseinandergelebt». «Die Differenzen bei der Ausgestaltung der Personenfreizügigkeit seien gross. «Es wird wohl noch seine

Zeit brauchen, bis diese Fragen geklärt werden können.»

Der Bundesrat führt heute eine Aussprache zum EU-Dossier. Die Basis für Gattikers Aufgabe wäre ein Bericht, den das Justiz- und Polizeidepartement von Keller-Sutter erstellt hat. Der Bundesrat hatte sie nach dem Abbruch der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen damit beauftragt, zu untersuchen, wo die Schweiz ihr Recht autonom an EU-Recht anpassen könnte.

Im Kontext der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen waren solche Anpassungen – etwa eine kürzere Voranmeldefrist für ausländische Firmen – teilweise deshalb nicht möglich, weil es immer auch um die EU-Forderung nach einer dynamischen Rechtsübernahme und um einen Mechanismus für die Streitbeilegung ging. Ohne diesen Kontext – so die Hoffnung – könnte die Schweiz eher Anpassungen vornehmen, die in beidseitigem Interesse wären.



Staatssekretär Mario Gattiker, Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Aussenminister Ignazio Cassis (von links). Fotos: Keystone (2), AFP

Aus Sicht anderer Departemente erfüllt der Bericht aus dem Justizdepartement jedoch die Erwartungen nicht, weil er lediglich eine Auslegeordnung der Regulierungsunterschiede enthält – und keine Einschätzung dazu, welche Anpassungen sinnvoll wären. Dass Keller-Sutter diesen Teil nun an Gattiker delegieren will, kommt nicht überall gut an.

Neben dem Bericht liegt dem Bundesrat ein Aussprachepapier von Aussenminister Ignazio Cassis vor. Dieses geht von der Fortsetzung des bisherigen Weges aus: Institutionelle Fragen sollen lediglich punktuell geregelt wer-

den. Auch dieses Papier hat bei anderen Departementen Unmut ausgelöst. Das sei kein Plan, so komme man nicht weiter, heisst es im Umfeld anderer Bundesratsmitglieder.

Unmut allenthalben

Die EU ihrerseits verlangt weiterhin das, was sie in den Verhandlungen zum Rahmenabkommen verlangte: einen institutionellen Rahmen. Maros Sefcovic, Cassis' Ansprechpartner in der EU, machte das nach dem ersten Treffen mit Aussenminister Cassis im November deutlich: Bis Mitte Januar erwarte die EU von der Schweiz

eine Roadmap zur Lösung der Schlüsselfragen, sagte er. Cassis stritt ab, dass das beim Treffen so vereinbart worden war.

Unmut herrscht nicht nur in den Departementen, sondern auch im Parlament. Der parteilose Ständerat Thomas Minder sagte diese Woche im Rat, selbst der Aussenpolitischen Kommission sei unklar, wohin die bundesrätliche Reise gehen solle.

Cassis stellte einen Bericht für die erste Hälfte des kommenden Jahres in Aussicht. Der Bundesrat sei bereit, darin seine Strategie darzulegen, sagte er. Die Erwartungen müssten jedoch realistisch bleiben. Es gehe um eine «tiefenpsychologische Frage», die das ganze Land betreffe. Man sei sich in der Schweiz schlicht nicht einig, welches Integrationsniveau man anstreben und welchen Preis man dafür zahlen wolle. Nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten stellte Cassis fest: «Eine magische Lösung à la Harry Potter gibt es nicht.»

Rauchen ist nicht mehr hip, selbst bei den Jungen

Abstimmungskampf Bald stimmen wir über ein Werbeverbot fürs Tabakwaren ab. Doch wer raucht hierzulande überhaupt noch?

Die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» will Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht, verbieten. Damit sollen junge Menschen vor schweren Gesundheitsschäden durch den Tabakkonsum geschützt werden.

Deshalb will die Initiative, dass Kinder und Jugendliche gar nicht erst mit dem Rauchen anfangen. Das von den grossen Gesundheitsorganisationen wie Krebs- und Lungenliga sowie Sport- und Jugendverbänden lancierte Volksbegehren setzt dabei auf ein rigoroses Werbeverbot. Zu rigoros, wie der Bundesrat gestern zum Abstimmungsauftritt betonte.

Doch müssen die Jungen überhaupt noch davon abgehalten werden? «Die meisten Jungen finden Rauchen immer weniger ansprechend», sagt etwa Forscher Armando Meier. Der Ökonom von der Universität Lausanne hat mit seinem Kollegen Alois Stutzer von der Universität Basel über 80'000 Jugendliche unter 21 Jahren zu ihrem Zigarettenkonsum und ihren Einstellungen zum Rauchen befragt.

Gesunder Lebensstil wird wichtiger

Der Imageverlust des Rauchens habe schon vor geraumer Zeit eingesetzt, erläutert Meier: «Bereits vor zehn Jahren stuften die Teenager die Raucher weniger cool ein als die Nichtraucher. Von 2001 bis 2011 ist der Anteil von Teenagern, die Raucher cooler finden als Nichtraucher, sogar noch von rund 30 auf 25 Prozent gesunken.»

Eine Erklärung für diesen Trend liefern die Forscherinnen und Forscher des Bundesamtes für Statistik (BFS). Sie stellten in einer Studie, welche sie letztes Jahr präsentierten, fest, dass der Anteil der rauchenden Jungen zurückgeht. Sie vermuten, dass



Ein Geschlechterunterschied beim Rauchverhalten, auch bei den Jungen, ist kaum mehr feststellbar. Foto: NurPhoto, Getty Images

Gesundheitsminister Berset wirbt für ein Nein

Die Tabakinitiative greife auf unverhältnismässige Weise in die Wirtschaftsfreiheit ein, betonte Bundesrat Alain Berset gestern. Bei einer Annahme des Volksbegehrens würde Werbung für Tabakprodukte überall dort verboten, wo sie Kinder und Jugendliche erreicht. Zudem würden Bund und Kantone verpflichtet, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Wie dies geschehen

solle, lasse der Initiativtext offen, bemängelt Berset.

Er verwies auf den indirekten Gegenvorschlag, den das Parlament in der Herbstsession verabschiedete. Die Gesetzesrevision kann unabhängig vom Ausgang der Abstimmung am 13. Februar in Kraft treten, das Stimmvolk befindet nicht darüber. Mit dem Gegenvorschlag wird Tabakwerbung und Werbung für E-Zigaretten auf

Plakaten und in Kinos schweizweit verboten. Sponsoring wird verboten für Veranstaltungen in der Schweiz, wenn diese internationalen Charakter haben oder auf ein minderjähriges Publikum abzielen. Gratismuster von Tabakprodukten dürfen nicht mehr verteilt werden. Die Kantone können weiterhin strengere Regeln erlassen.

Bereits heute verboten sind Tabakwerbung in Radio und

Fernsehen sowie Werbemassnahmen, die sich gezielt an Jugendliche richten. Zudem bringt die Gesetzesrevision ein landesweites Verbot des Verkaufs von Tabakprodukten an Jugendliche unter 18 Jahren. Die Initianten bezeichnen den Gegenvorschlag als «Alibiübung». Tabakwerbung bleibe ausgerechnet dort erlaubt, wo Jugendliche besonders leicht erreichbar seien – im Internet. (gr)

das unter anderem in Zusammenhang steht mit der «Umsetzung eines gesunden Lebensstils», der um sich greife.

Aber noch immer raucht rund ein Viertel der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren Tabak, und dies mehrheitlich in Form von Zigaretten. Bei den Jugendlichen (15- bis 24-jährige) rauchen laut dem Bundesamt für Gesundheit 31,7 Prozent, wobei Mädchen nur geringfügig weniger rauchen als ihre gleichaltrigen männlichen Kollegen. Auch der Anteil starker Raucher unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist in den letzten 25 Jahren von 33 auf 13 Prozent gefallen. Als starker Raucher gilt, wer 20 Zigaretten oder mehr pro Tag raucht.

13,6 Zigaretten pro Tag sind der Durchschnitt

Insgesamt nimmt der Tabakkonsum seit rund fünfzehn Jahren jedoch ab. Der Rückgang vollzieht sich kontinuierlich und in allen Altersgruppen. Die Anzahl durchschnittlich konsumierter Zigaretten hat sich in den letzten Jahren laut dem Suchtmonitoring Schweiz bei 13,6 pro Tag stabilisiert.

Trotz dem rückläufigen Trend warnt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in einem Grundsatzpapier mit markigen Worten und eindringlichen Zahlen vor dem Konsum von Tabak. Rauchen sei das grösste vermeidbare Gesundheitsrisiko in den westlichen Industrienationen und werde von einem Teil der Bevölkerung und von den Entscheidungsträgern immer noch unterschätzt. Das zeige sich auch in der Statistik, so das BAG: 9500 Menschen würden hierzulande jährlich wegen ihres Tabakkonsums sterben. Zudem würden sich die Gesundheitskosten allein für Behandlungen der Folgen des Rauchkonsums pro Jahr auf drei Milliarden Franken belaufen.

Gregor Poletti